

Am 6. März den Landrat wählen!

Die auflagenstarke Zeitung Rheingau-Taunus

Eltviller Vinothek erweitert samstags ihre Öffnungszeiten

Ab sofort erweitert die Eltviller Vinothek an allen Samstagen künftig ihre Öffnungszeiten und bietet auch schon vormittags ab 10 Uhr (bisher ab 12 Uhr) die Möglichkeit des unkomplizierten und problemlosen Weineinkaufs.

„Wein-Einkauf leicht gemacht“ ist das Motto der ersten und einzigen Ortsvinothek im Rheingau, in der man Weine und Sekte von 20 verschiedenen Weingütern aus Eltville und den Stadtteilen probieren, verkosten und vergleichen oder auch zwischendurch eben nur mal einen Schoppen trinken kann. Die Vinothek verkauft ihre Weine und Sekte zu den selben Preisen wie beim Winzer.

Die im Zentrum von Eltville in der Rheingauer Straße 38 gelegene Vinothek ist ohne Ruhetag täglich, d.h. auch an den Wochenenden und an Feiertagen bis 19 Uhr geöffnet, und zwar montags bis donnerstags ab 16 Uhr, freitags und sonntags ab 12 Uhr und samstags jetzt schon ab 10 Uhr. Im Internet präsentiert sie sich unter www.eltvillervinothek.de

Märchen erzählen – Märchen vorlesen

Am 5. April 2005 findet von 14.00 bis 17.00 Uhr im Kreishaus in Bad Schwalbach, Heimbacher Straße 7, das Seminar „Märchen erzählen - Märchen vorlesen“ statt.

Gemeinsam mit der Referentin Hannelore Marci soll erörtert werden, ob Märchen und welche Märchen noch zeitgemäß sind und nach welchen Kriterien Märchen für Kinder und Erwachsene ausgewählt werden. In dem Seminar wird aber auch geübt, welche Kriterien zu berücksichtigen sind um Märchen lebendig vorzulesen.

Die Referentin gibt aber auch Hinweise, wie man selbst erfundene Märchen erzählen kann. Wer Interesse hat, kann sich in der Kreisverwaltung, bei Frau Heidemarie Grella, Fachdienst 2.1, Telefon 06124/510532, Fax 06124/51018532 und E-Mail heidemarie.grella@rheingau-taunus.de, für das Seminar anmelden.

100.000 neue Arbeitsplätze

Landratswahl ist Entscheidung über Zukunftsfähigkeit des Rheingau-Taunus-Kreises – Arbeitsmarkt in Deutschland im freien Fall

„Am Sonntag entscheiden die Wählerinnen und Wähler des Rheingau-Taunus-Kreises über die Zukunftsfähigkeit des Rheingau-Taunus-Kreises.“ Das hat der Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch in einem letzten Appell zur Stichwahl des Landrates des Rheingau-Taunus-Kreises hervorgehoben.

„Es wird eben nicht nur entschieden, ob wir weiter mit Bernd Röttger einen Landrat haben, der seine Heimat liebt und Tag und Nacht für die Entwicklung unseres Kreises arbeitet.“

Es wird auch entschieden, ob das Schulbau-Programm fortgesetzt wird, ob die wichtigsten Infrastruktur-Projekte wie Aartalbahn, Brücke und Tunnel bei Rüdesheim und der Neubau des Gesundheitszentrums in Idstein weiter eine Chance haben.“ Damit werde auch darüber entschieden, ob im Rheingau-Taunus-Kreis bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue ermöglicht werden.

Rheingau-Taunus liegt deutlich besser als Bund

Während die Arbeitslosigkeit im Bundesdurchschnitt 12,1 Prozent betrage, sind es im Rheingau-Taunus-Kreis nur 6,4 Prozent. „Damit hat unser Kreis nach dem Hoch- und dem Main-Taunus-Kreis die dritt niedrigste Arbeitslosigkeit in Hessen. Wenn wir das erhalten wollen, dürfen wir unseren Kreis nicht in rot-grüne Hände fallen lassen“, unterstrich Willsch.

Die Wahrheit über Rot-Grün in diesen Tagen lautet: Rot-Grün erkennt den Ernst der Lage nicht oder will ihn nicht zur Kenntnis nehmen. Über 5,2 Millionen Menschen sind arbeitslos. Weit mehr als 5 Millionen haben Angst davor,

ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Und was macht Rot-Grün? Nichts. Rot-Grün hat Stillstandspolitik bis nach der Wahl 2006 verordnet. Mit dem Thema Einheitsschule wird versucht, vom Nichtstun abzulenken.

Die Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Angela Merkel, nannte es eine „Schande“, daß die Regierung keine Konzepte zur weiteren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorlegt. „Sie haben die Verantwortung dafür, daß sich in diesem Land etwas ändert. Millionen Menschen warten darauf.“, sagte Merkel. „Gängelung von oben, Verhinderung von Wettbewerb und Einheitsschule sind das Gegenteil von dem, was wir wollen“.

Klaus-Peter Willsch: Rot-Grüne Bilanz ist verheerend

Der Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch wirft der Rot-Grünen Regierung eine verheerende Bilanz vor. Seit 42 Monaten sinke die Zahl der regulär sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die



Landrat Bernd Röttger (rechts) und Dr. Wilhelm Bender, Vorstandsvorsitzender der Betreibergesellschaft FRAPORT, erwarten bis zu 100.000 neue Arbeitsplätze für die Region, wenn der Flughafen weiter wachsen darf.

die Finanzierung der Krankenversicherung, der Rentner und Arbeitslosen übernehmen.

„Die Zahl der echten Jobs geht in Deutschland immer weiter zurück“, stellt Willsch fest. Im September 2001 gab noch 28,2 Millionen; derzeit seien es lediglich noch 26,7 Millionen Menschen, die in die sozialen Sicherungssysteme in unserem Land hinein

bezahlen. „1,5 Millionen Jobs weniger in nur dreieinhalb Jahren“, rechnete der CDU-Politiker vor.

Ausbau des Wirtschaftsmotors Frankfurter Flughafen

Gerade vor dem Hintergrund dieses Horror-Szenarios ist der Ausbau des Frankfurter Flughafens für die Rhein-

Main-Region unverzichtbar. Der Ausbau garantiert, daß die Rhein/Main-Region nicht von anderen abgehängt wird und auch der Rheingau-Taunus-Kreis weiterhin seine Entwicklungschancen nutzen kann.

Es geht um privat finanzierte Investitionen von rund 3,5 Milliarden Euro und um insgesamt 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Bernd Röttger hat als Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises im Zuge des Raumordnungsverfahrens und jetzt mit Willsch im Planfeststellungsverfahren in der Regionalversammlung Südhessen für den Flughafen ausgemittelt.

Zusammen mit Klaus-Peter Willsch, Achim Carius und Michael Hermann und anderen hat Bernd Röttger die Initiative „Pro Flughafen“ gegründet.

Rot-Grün steht für Stillstand und Blockade

Der rot-grüne Gegenkandidat von Bernd Röttger bei der Landrats-Stichwahl am Sonntag, 6. März, hingegen vertritt eine Stillstands- und Blockadepolitik: Keine Brücke, kein Tunnel, keine Umgehungsstraßen, kein Geld für neue Schulen und natürlich kein klares Bekenntnis zum Flughafen ausbau.

Er ist einfach gegen alles, was neue Arbeitsplätze schaffen könnte. Benachteiligte Regionen unseres Kreises spielt er gegen andere aus.

Wählen gehn!

Willsch appellierte deshalb an die Wählerinnen und Wähler im Kreis, am Sonntag zur Wahl zu gehen und Bernd Röttger wieder ihr Vertrauen zu schenken: „Wer nicht wählt, wählt den Stillstand!“

Ausgeglichener Haushalt

Der Finanzminister hat immer von einem ausgeglichenen Haushalt gesprochen. Dann hat er aber auf einmal gemerkt, daß es nicht leicht sein wird, einen solchen zu erreichen. Danach war von „nahezu ausgeglichen“, also „close to balance“, die Rede.

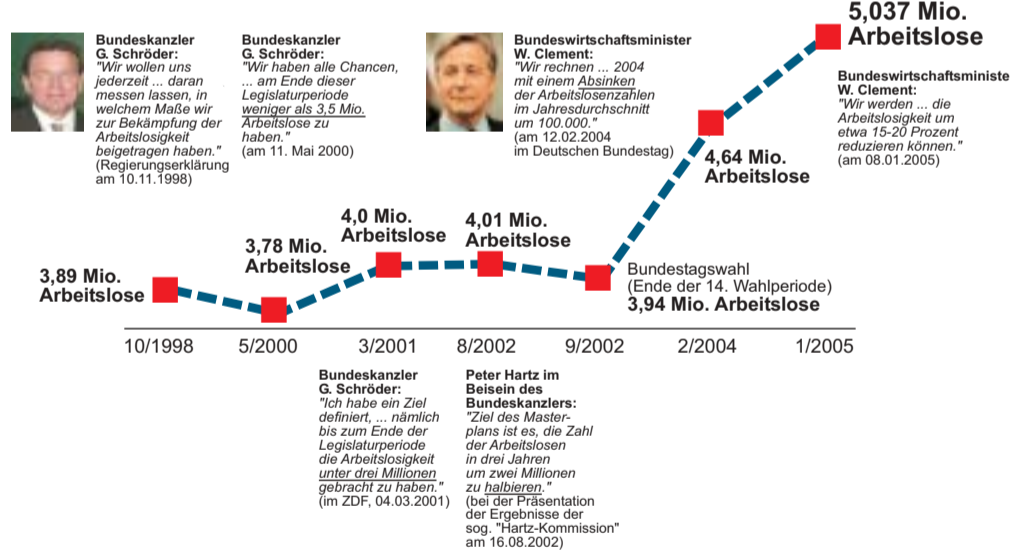
Von „close to balance“ ist jetzt ebenfalls keine Rede mehr. Inzwischen geht es nur noch um das 3-Prozent-Kriterium.

Aber selbst das kann er nicht einhalten. Haushalts- und finanzpolitisch ist die Bilanz der Regierung katastrophal.



Klaus-Peter Willsch MdB am Rednerpult in der Plenardebatte des Deutschen Bundestages.

Die gebrochenen Versprechen von Rot-Grün



Rede des CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch zum Thema „Stabilitätspakt“, gehalten vor dem Deutschen Bundestag am 24.02.2005:

Rot-Grün will den Stabilitätspakt abschaffen

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Staatssekretärin, es hat Ihnen nicht gefallen, daß wir gesagt haben, Sie wollten den Pakt eigentlich nicht mehr. Aber die Debatte hat es der deutschen Öffentlichkeit gezeigt.

Sie haben nur formal gesagt, Sie wollten den Pakt weiterhin; aber alles, was Sie inhaltlich gesagt haben, hat genau belegt, daß Sie mit einem Stabilitätsziel nichts anfangen können.

3-Prozent-Grenze

Sie haben über die 3-Prozent-Grenze gesprochen, Frau Scheel. Aber Sie müssen sich einmal vor Augen führen, was

eigentlich das Ziel ist, nämlich ein ausgeglichener Haushalt. Eine Neuverschuldung von 3 Prozent markiert dabei die Obergrenze. Ziel der Haushaltspolitik sollen ausgeglichene Staatshaushalte sein.

Aber Sie reden nur noch über die Obergrenze der Neuverschuldung von 3 Prozent und die halten Sie nicht einmal ein, sondern überschreiten sie sogar um ein Viertel. Und dafür sollen wir Sie noch loben? Das kann doch wohl nicht wahr sein!

Berliner Zeitung: „Der Euro-Stabilitätspakt ist erledigt“

Frau Hendricks, Sie hören es nicht gerne, wenn wir die Regierung kritisieren. Deshalb zitiere ich einmal einen Beobachter der politischen Szene. Hendrik Munsberg kommentierte in der „Berliner Zeitung“ vom 18. Februar dieses Jahres:

„Der Euro-Stabilitätspakt ist erledigt, mausetot. Hauptverantwortlich dafür sind Kanzler Gerhard Schröder und sein Erfüllungsgehilfe Hans Eichel.“

Man muß sich in diesem Zusammenhang einmal daran erinnern, wie sich der Finanzminister in der Öffentlichkeit dargestellt hat.

Er hat sich bevorzugt mit Sparschweinen ablichten lassen und er hat durch seinen hoch bezahlten PR-Berater die Geschichten in Umlauf bringen

Jetzt gilt es

Nein zu Rot-Grün

Ja zur CDU 6. März

Bernd Röttger

4. Jahrgang
Nummer 35
März 2005

Landratswahl



Landrat Bernd Röttger

Entscheidung über die Zukunft im Rheingau-Taunus

Seite 3



Im Interview

Michael Klein, Direktor beim Pharmariesen Pfizer

Seite 6



Kampf gegen Verbrecher

Rot-Grün bremst bei DNA-Analyse

Seite 7



Schleuseraffäre

Untersuchungsausschuß zum Visamißbrauch

Seite 8



Michael Gahler MdEP

Europäische Union stärkt Fluggastrechte

Fortsetzung auf Seite 2.

Zwischenruf des Herausgebers



Hier schreibt der Herausgeber Klaus-Peter Willsch mit spitzer Feder.

Nachdem Frau Simonis in Schleswig Holstein die Wahl verloren hat, will sie sich nun mit aller Macht und Unterstützung der dänischen Minderheitenpartei, die ohne Privilegierung an der Fünf-Prozenthürde gescheitert wäre, an ihren Sessel klammern. Nachdem sie in den Wochen vor der Wahl schon als Beitrag aktiver Wahlunterstützung seitens der Fernsehens von einer Talkshow zur nächsten gereicht wurde, trat sie am

Montag nach der Wahl schon wieder bei Kerner auf. Dort zeigte sie ein bemerkenswertes Demokratieverständnis Gefragt, ob die SPD angesichts der eigenen Verluste und der ebenso starken Gewinne der CDU nicht mit dem Wahlsieger über eine große Koalition verhandeln wolle, entgegnete sie mit entlarvender Offenheit: „Und wo bleib' ich dann?“ Erst das Land, dann die Person?

+ + +

In der Visa-Affäre kommt der Grüne Oberguru und Außenminister Fischer immer stärker unter Druck. Erst wollte er alles auf Mitarbeiter schieben, jetzt räumt er kleinteilig ein, daß er die Dinge mindestens zwei Jahre lang laufen ließ, obwohl er Kenntnis von der massenhaften Visumserschleichung hatte. Der Untersuchungsausschuß wird dies alles aufklären. Vor allem aber auch die Rolle von Innenminister Schily und Kanzler Schröder, die offenbar auch nichts gegen die sperrangel weit geöffneten

Türen für Schleuser, Terroristen, Kriminelle, Schwarzarbeiter und Zwangsprostituierte unternahmen. Wofür veranstalten wir eigentlich an den Schengen-Grenzen den ganzen Zauber mit Grenzschutzverstärkung und Nachtsichtgeräten, wenn jeder, der will, das Visum quasi vom Abreißblock in deutschen Botschaften erhält?

Das ist keine Kleinigkeit und hat nichts mit Weltoffenheit zu tun, sondern bedeutet eine massive Gefährdung unserer Sicherheit. Und über fünf Millionen Arbeitslose haben sicher auch wenig Verständnis, wenn mit tatkräftiger Unterstützung einer sozialdemokratisch geführten Regierung massenweise Schwarzarbeiter eingeschleust werden.

+ + +

Einige Bemerkungen zum Thema „fairer“ Wahlkampf der SPD: Albers gibt sich „sachlich“ und „menschlich“, seine Jusos im Rheingau-Taunus verbreiten ein übles Hetzblättchen, hier eine Kostprobe (Originalzitat):

„Anbruch der dunklen Ära: Im Jahr 1999 gelang es einem

Anhänger der schwarzen Seite mit Hilfe einer fragwürdigen und fremdenfeindlichen Kampagne, die Macht im Landratsamt zu erobern. Seitdem leidet die Bevölkerung des Landkreises unter seinem dubiosen Demokratie- und Machtverständnis, wenn er sich von seinen Anhängern als Neuaufgabe von Zar und Napoleon, also zwei ausgewiesenen menschenverachtenden Despoten, huldigen läßt. [...]

Lichtgestalt für den Wechsel: Mit Burkhard Albers hat nun ein Sozialdemokrat die dunkle Macht herausgefordert. [...]

Das ist unterste Schublade und richtet sich selbst. Sie haben es als Wähler in der Hand, die perfide Doppelstrategie zu durchkreuzen, bei der der Kandidat als Biedermann auftritt und andere als Brandstifter.

Ihr

Klaus-Peter Willsch
Herausgeber

✉ Leserbrief ✉ Leserbrief ✉

Fehlinformationen im Landratswahlkampf

Im Rahmen des Landratswahlkampfes wird, offensichtlich bewußt, versucht, durch gezielte Fehlinformationen den Eindruck zu erwecken, daß die weitere Beplanung der Kulturlandschaft vom Landrat des Rheingau-Taunus Kreises abhängen würde.

Nachdem die Zahl der irritierten Anrufer mittlerweile zweistellig geworden ist, scheint es an der Zeit bestimmte Dinge ins rechte Licht zu rücken.

Die Beplanung der Kulturlandschaft obliegt einzig und alleine den Gemeinden, zu deren Gemeindegebiet die jeweiligen Flächen gehören. Sie findet ihren Ausdruck im Flächennutzungsplan, der die weitere Entwicklung in einem bestimmten Zeitraum festlegt. Hier beschließt die Gemeindevertretung unter Anderem, wo zusätzliche Gewerbe- oder Wohnflächen entstehen sollen.

Der Flächennutzungsplan wird von den Stadtverordneten beschlossen und muß vom Regierungspräsident (RP) genehmigt werden. Die Genehmigung wird nur erteilt, wenn der RP keine Bedenken gegen die beabsichtigten Entwicklungen äußert.

Aus dem genehmigten Flächennutzungsplan entwickelt die Gemeinde Bebauungspläne. Hier wird festgelegt, welche Voraussetzungen ein Bauvorhaben erfüllen muß, damit es genehmigungsfähig ist.

Bauvorhaben im Innenbereich einer Gemeinde werden vom Landkreis genehmigt. Diese Genehmigung ist zwangsläufig, wenn das Bauvorhaben sich an die von der Gemeinde gemachten Vorgaben hält. Bauvorhaben im Außenbereich sind erst mit dem RP abzustimmen. Wird hier Einvernehmen erzielt, so muß der Landkreis eine Baugenehmigung erteilen.

Gerade ein Artikel in einer Tageszeitung hat hier den Eindruck erweckt, als wäre alleine

ein Landrat in der Lage und befähigt einzelnen Bauvorhaben die Genehmigung zu versagen.

Diese Darstellungsweise ist völlig falsch und entspricht nicht den Tatsachen. Diese Art von Artikeln und Aussagen sind unredlich, da sie damit kalkulieren, daß dem normalen Wähler die genauen Genehmigungsabläufe nicht oder nur unzureichend bekannt sind.

Als freie Wähler muß dieses Verhalten jeden von uns zum Protest auffordern, da damit versucht wird durch gezielte Täuschung das Wahlergebnis zu beeinflussen.

Wir können nur hoffen, daß gerade bei der Presse noch genug Unabhängigkeit vorhanden ist die tatsächlichen Abläufe bei der Genehmigung von Bauprojekten noch vor der Landratswahl zu veröffentlichen. Fraglich ist für uns nur, warum manche so weit gehen und versuchen, mit Lug und Trug ein bestimmtes Ergebnis herbeizuführen.

Michael Barth, Rüdeshheim

Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Der Verlag behält sich sinnngemäße Kürzungen vor.

Die Malermeister
Kurt Mager
Michael Schu
KuMa GmbH
Scheidertalstrasse 50
65329 Hohenstein-Strinz Margaretha
Tel. 06128-1596 Fax. 06128-1567

werner elektrotechnik
elektrotechnik • datentechnik • technische systeme
Ihre Zukunft zu Hause!
Technik für Ihren modernen Wohnkomfort
Solarstrom – Ihre Sonnenenergie vom Dach
E-Check – Elektro-TÜV für die eigenen vier Wände
Einbruchmeldeanlagen – Ihre Sicherheit ist immer „JN“
Glas- & Natursteinheizungen – die stilvollen Wärmespeicher
Telefon: 061 23/90 76-0 • Fax: 0 61 23/90 76 31
www.werner-elektrotechnik.com • mail@werner-elektrotechnik.com

Ihr Partner in allen Entsorgungsfragen!
Rufen Sie uns an: 06124/70 61-0
RWE Umwelt
RWE Umwelt Hessen GmbH & Co. KG - Laubertstegmühle - 65329 Hohenstein
T +49 (0)6124/7061-0 F +49 (0)6124/7061-26 I www.rweumwelt.com

AUFLÖSUNG DES PREISAUSSCHREIBENS FÜR „OSTERHASEN“

Hier zunächst die richtigen Antworten auf unsere sieben Fragen:

1. Wieviel offiziell gemeldete Arbeitslose gab es in Deutschland im Januar 2005? Über 5 Millionen
2. Wie hoch ist die Landeszuwendung für das neue Feuerwehrhaus in Hünstetten-Görsroth? 174.000 Euro
3. Wann finden die Landratswahlen im Rheingau-Taunus-Kreis in diesem Jahr statt? 13. Februar 2005
4. Wer hat auf Vorschlag des Europaabgeordneten Michael Gahler zuletzt den Sacharow-Preis für Menschenrechte des Europäischen Parlaments erhalten? Journalistenvereinigung aus Weißrußland
5. Zum wievielten Male findet in diesem Jahr der Internationale Rheingauer Ostereiermarkt statt? Zum 10. Mal
6. Welchen Betrag stellte die Geschäftsleitung von Novartis für die Soforthilfe im Flutgebiet Südostasiens zur Verfügung? 1,5 Millionen US-Dollar
7. Wo findet der 45. Hessentag statt? In Weilburg an der Lahn

Den Osterbrunch im Hotel Eden-Parc in Bad Schwalbach für 2 Personen hat gewonnen: Karin Sandig, Walluf

PREISRÄTSEL FÜR „GOURMETS“

ESSENSGUTSCHEIN IM WERT VON 40 EURO FÜR HOTEL/RESTAURANT MALEPARTUS ZU GEWINNEN

Hotel-Restaurant Malepartus

Der Rheingau-Taunus Monatsanzeiger verlost unter den Einsendern des Preisausschreibens mit den richtigen Lösungen einen Essensgutschein im Wert von 40 Euro für das Hotel/Restaurant Malepartus in der Brunnenstraße 43 in Bad Schwalbach. Mitmachen dürfen diesmal wieder alle. Hier sind die Fragen:

1. Wann findet die Landrats-Stichwahl statt?
2. Wann sprach der Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch zuletzt im Plenum des Deutschen Bundestages?
3. Wie heißt der Bürgermeister dessen Gemeinde vom Landkreis vor kurzem das Konto gesperrt wurde?
4. Zum wievielten Male fand in diesem Jahr die CDU-Winterwanderung statt?
5. Wann ist die EU-Verordnung über Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste in Kraft getreten?
6. Wie lautet die Internetadresse (url) des Europäischen Verbraucherzentrums?
7. Wie heißt der Kandidat der CDU für die kommende Landrats-Stichwahl?

Sie finden alle Antworten im Rheingau-Taunus Monatsanzeiger.

Die richtigen Antworten bitte auf eine Postkarte schreiben, Absender und Telefonnummer nicht vergessen, ausreichend frankieren und ab mit der Post bis zum 1. April (Einsendeschluß) an den Rheingau-Taunus Monatsanzeiger, Klaus-Peter Willsch, Hirsensstraße 13, 65329 Hohenstein-Holzhausen.

IMPRESSUM:

Rheingau-Taunus Monatsanzeiger erscheint monatlich im Rheingau-Taunus-Kreis mit einer Auflage von 90.000 Exemplaren. Es gilt die Anzeigenpreisliste 3/2003.

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:
Klaus-Peter Willsch

Redaktion:
Stephan Röttger
Sascha Keil

Anzeigen:
Annette Willsch
(Geschäftsf. + Vertrieb)
Hirsensstraße 13
65329 Hohenstein-Holzhausen
Telefon 06120 / 97 97 66
Telefax 06120 / 97 97 68

Email: info@rheingau-taunus-monatsanzeiger.de

Internet: www.rheingau-taunus-monatsanzeiger.de

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die nächste Ausgabe des Rheingau-Taunus Monatsanzeigers erscheint am 16./17. April 2005. Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist am 4. April, Anzeigenschluß ist am 6. April.

Druck:
Druck- und Pressehaus Naumann

Fotos: RTMA-Archiv,
Wolfgang Kühner
Hermann Heibel

Satz und Layout:
ELZET Verlags-GmbH,
Taunusstein

Fortsetzung von Seite 1.

Bilanz der Bundesregierung ist katastrophal

Statt aus der aktuellen Situation die richtigen Schlüsse zu ziehen, macht Eichel genau das Falsche. Wir befinden uns in der Fastenzeit. Während dieser Zeit versuchen einige, ihre überflüssigen Pfunde, die sie im Winter angesammelt haben, loszuwerden.

Die Pralinen und nicht die Waage wegwerfen

Wenn ich mir Herrn Eichels öffentliches Reden und Handeln anschau, dann kann ich Parallelen feststellen: Er redet zwar die ganze Zeit vom Abnehmen, futtert aber sozusagen heimlich Pralinen, wenn er glaubt, keiner würde ihm zuschauen. Wenn er auf der Waage feststellen muß, daß sich nichts an dem Gewicht geändert hat, wirft er die Waage weg, anstatt die Pralinen wegzulassen. Das ist sein Konzept.

Sie legen in der Tat die Axt an den Stabilitätspakt. Sie wollen Forschungsausgaben, Bildungsausgaben und Nettozahlungen an die EU abziehen. Sie wollen die Kosten für Strukturreformen in den Sozialsystemen abziehen. Ich kann Ihnen noch weitere Anregungen geben.

Anregungen, wie man es besser macht sind da

Sie bekommen die Franzosen mit ins Boot, wenn Sie vorschlagen, die Kosten für Überseedepartements und für die Force de Frappe abzuziehen. Die Griechen bekommen Sie mit ins Boot, wenn Sie vorschlagen, die Kosten für die Olympischen Spiele abzuziehen.

Man könnte auch schon einmal an die Kosten für die Fußballweltmeisterschaft im

nächsten Jahr denken. Sie können sich eine Reihe von Ausweichkriterien ausdenken. Aber damit höhlen Sie den Pakt aus. Sie wollen diesen Pakt nicht, weil Sie nie den Zusammenhang zwischen Stabilität und Wachstum in der Volkswirtschaft verstanden haben. Das ist das Problem.

Es heißt doch „Stabilitäts- und Wachstumspakt“, wo bleibt also das Wachstum?

Der Kanzler und der Finanzminister tragen die Meinung vor, daß zu viel Gewicht auf Stabilität und zu wenig auf Wachstum liege, es heiße aber doch „Stabilitäts- und Wachstumspakt“. Wenn das richtig wäre, dann müßte jetzt irgendwann einmal, nachdem Sie dieses Jahr das 3-Prozent-Kriterium zum vierten Mal in Folge reißen, eine positive Entwicklung auf der Wachstumsseite eintreten.

Aber das Gegenteil ist richtig: Die Weltwirtschaft wächst mit 5 Prozent, die Wirtschaft in Europa mit 2,3 Prozent und Deutschlands Wirtschaft mit 1,5 Prozent. Das ist Ihre magerere Bilanz. Außerdem befindet sich der Arbeitsmarkt im freien Fall. Man spricht schon von offiziell 5,2 Millionen Arbeitslosen. Jeden Tag gehen in Deutschland über 1.000 reguläre Beschäftigungsverhältnisse verloren.

Diese Arbeitsplätze sind futsch. Dafür sind Sie verantwortlich. Und Sie wollen einfach das Regelwerk ändern, nur weil Sie es nicht einhalten können! Was ist denn das für eine miserable Politik?

Sie müssen sich einmal deutlich vor Augen führen, was Sie mit Ihrer Politik in Europa anrichten. Beim Fall des Eisernen Vorhangs und bei der Öffnung der EU haben wir uns vorgenommen, ein Europa der Stabilität zu schaffen. Wir haben die Maastricht-Kriterien in den Acquis communautaire aufgenommen.

Deutschland ist kein Vorbild für die Beitrittsländer

Dieses Regelwerk galt für Länder, die beitreten wollten und jetzt beigetreten sind. Es gilt auch für die Transformationsländer, die dazukommen wollen, die also Kandidatenstatus haben. Diesen Ländern wird gesagt, sie müßten eine ordentliche Haushaltspolitik vorweisen, um Mitglied in der Europäischen Union zu werden.

Wie soll jemand an der Spitze eines solchen Landes seiner Bevölkerung erklären, daß Anstrengungen notwendig sind und daß man harte Schnitte machen muß, um die Strukturen zu ändern, wenn wir, die wir diesen Pakt durchgesetzt haben, diejenigen sind, die mit diesem Pakt plötzlich nichts mehr zu tun haben wollen?

Damit versündigt Sie sich an Europa. Wir waren auf einem guten Wege, ein Europa der Stabilität zu schaffen.

Kommen jetzt staatliche Konjunkturprogramme?

Inzwischen werden von Ihren Büchsenpannern im Finanzministerium - Frau Hendricks, Sie haben dies zwar vorhin dementiert, aber es gibt offenbar entsprechende Überlegungen - Konjunkturprogramme angekündigt.

Einige Tagesordnungspunkte später können Sie heute ein Konjunkturprogramm ohne einen Steueruero beschließen. Da reden wir über die Zukunft des Luftverkehrsstandortes Deutschland. Sie sind nicht in der Lage, dazu Ja zu sagen. Da geht es um eine Investition von 3,5 Milliarden Euro und um zusätzliche Arbeitsplätze.

Beispiel: Ausbau des Frankfurter Flughafens

Gerade an dem Beispiel des Ausbaus des Flughafens in Frankfurt kann der Kanzler zeigen, ob er den Kellner zum Laufen bringt und die Grünen endlich bereit sind, Notwendigkeiten im Hinblick auf Zukunftsmärkte zu berücksichtigen, anzuerkennen, und er kann dafür sorgen, daß investiert wird und Arbeitsplätze in diesem Land entstehen und nicht das Gegenteil geschieht.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Ein- und Mehrfarb-Druckerei
Entwurf · Gestaltung · Druckvorstufe
Produktphotographie
f. u. m. G. & Co. KG
GERD THORN
Festebachstraße 20
65326 AARBERGEN
Telefon 06120/1598 · Telefax 908900
e-mail design@gtm.de

„Deutschland leidet unter politischen Vorgaben“

Im Interview: Michael Klein, Direktor Recht und Corporate Affairs beim Pharmaunternehmen Pfizer.

Seit Wochen sorgt der Arzneimittelhersteller Pfizer für Schlagzeilen, weil er sich dagegen wehrt, daß sein Cholesterinsenker Sortis unter die Festbetragsregelung fällt. Krankenkassen dürfen seit Beginn des Jahres bestimmte patentgeschützte Medikamente nur noch bis zu einer Obergrenze erstatten. Welches Medikament unter die Festbetragsregelung fällt, entscheidet der Gemeinsame Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen.

Weshalb können Sie die Festbetragsregelung für Sortis nicht akzeptieren?

Das Gesundheitsmodernisierungsgesetz, demzufolge ab dem 1. Januar 2005 auch patentgeschützte Präparate unter die Festbetragsregelung fallen können, enthält eine wichtige Innovationschutzklausel.

Präparate mit nachgewiesener Wirkung

Danach sollten Präparate, für die eine therapeutische Verbesserung nachgewiesen ist, die also eine bessere Wirkung oder weniger Nebenwirkungen haben, von der Regelung ausgenommen werden. Sortis erfüllt eindeutig diese Voraussetzungen und darf deshalb nicht unter Festbetrag kommen.

Offenbar ist der Gemeinsame Bundesausschuß, in dem ja auch Ärztevertreter sitzen, aber anderer Auffassung? Wie kam es zu dieser Entscheidung?

Die Entscheidung des Gemeinsamen Bundesausschusses, den Festbetrag für Sortis einzuführen, ist schlichtweg falsch und verlief intransparent.

Wir haben Studien, die deutlich zeigen, daß zum Beispiel Hypercholesterinämie-Patienten mit einem akuten Koronarsyndrom - das sind in Deutschland etwa 680.000 Menschen - von dem Medikament einen Nutzen hätten.

Studien

Ebenso profitieren Patienten mit erhöhten Cholesterinwerten und weiteren Risikofaktoren wie Diabetes oder familiär bedingten hohen Cholesterinwerten von der Therapie. Insgesamt gehen wir von zwei Millionen Menschen in Deutschland aus, die nach unabhängigen Einschätzungen auf Sortis angewiesen sind.

Was machen die Patienten nun?

Wenn der Arzt eine Behandlung mit Sortis empfiehlt, dann sollte sich der Patient das bestätigen lassen und bei seiner Kasse die volle Erstattung beantragen.

Wo könnte die Lösung in ihrem Streit um die Festbetragsgruppen liegen?

Wir haben bereits im Sommer letzten Jahres den Gemeinsamen Bundesausschuß unter Vorlage weiterer Studienergebnisse aufgefordert, die Gruppe der Statine zu überprüfen. Ich habe keinerlei Verständnis

dafür, daß der Ausschuß sich mit diesem Antrag bislang nicht befaßt hat, angesichts der Betroffenheit von so vielen Patienten.

Es muß jetzt schnell eine Lösung gefunden werden, die sicherstellt, daß Kassenpatienten, für die aus medizinischen Gründen eine Therapie mit Sortis notwendig ist, das Präparat auch ohne Zuzahlung erhalten. Auch über Kompromisse kann man sprechen. Den Gemeinsamen Bundesausschuß, die Krankenkassen, die Gesundheitspolitik und uns sollte jetzt ein Ziel leiten: Die medizinisch notwendige Versorgung aller Patienten zu sichern.

Welche Auswirkungen hat die Festbetragsentscheidung nun für den Standort Deutschland?

Der Standort Deutschland leidet unter den politischen Vorgaben. In unserem Gesundheitssystem werden Innovationen systematisch diskriminiert, und zwar durch fehlende Transparenz bei Entscheidungen und eine in anderen Staaten kaum vorstellbare Ignoranz der medizinisch-wissenschaftlichen Faktenlage.

Streit um Präparat Sortis

Der Streit um Sortis schadet dem Standort Deutschland zusätzlich, denn er ist ein schlechtes Signal, das auch außerhalb unserer Grenzen mit großer Besorgnis und bisweilen auch mit Kopfschütteln aufgenommen wird. Wir, die forschenden



Michael Klein, Direktor bei Pfizer, befürchtet Verschlechterungen bei der Versorgung der Patienten in Deutschland.

Arzneimittelhersteller, haben in der Vergangenheit hochqualifizierte und hochbezahlte Arbeitsplätze geschaffen.

Doch die Bedingungen werden für uns immer schwieriger. Im Wettbewerb mit anderen Ländern haben deutsche Tochtergesellschaften von internationalen Unternehmen kaum noch Chancen.

Hat der Innovationsstandort Deutschland für Sie noch Zukunft?

Die Gesundheitsreform ist für forschende Arzneimittelhersteller eine schwere Belastung. Der Zwangsabbau von sechs Prozent, den wir den Krankenkassen einräumen müssen, bestraft uns als forschendes Un-

ternehmen ebenso wie die Festbetragsregelung. Von weltweit 130 Forschungszentren befinden sich heute noch 10 in Deutschland - der einstigen Apotheke der Welt. Wegen der aktuellen Rahmenbedingungen und des innovationsfeindlichen Klimas droht Deutschland im Pharmabereich zum Transitland zu werden.

Andere Länder, wie zum Beispiel Großbritannien und Frankreich, haben es uns vorge-macht: Die Pharmaindustrie wurde vor Jahren zur Schlüssel-industrie erklärt. In Deutschland hingegen gab es statt dessen nur jährliche Kurswechsel in der Gesundheitspolitik. Das ist kontraproduktiv.

Ist die Regierung mit ihrer Reform gescheitert?

Die Reform wird langfristig dazu führen, daß sich die Versorgung der Patienten mit innovativen Arzneimitteln verschlechtert. Welche Auswirkungen die Reform auf den medizinischen Fortschritt und die Versorgung jedes einzelnen Patienten hat, zeigen sich bereits heute in Ansätzen. In der Zukunft werden die Probleme noch größer werden.

Wenn die Hersteller jetzt weniger forschen, weil sie für ihre Mittel keine fairen Preise erwarten können, dann werden die Patienten das in einigen Jahren schmerzlich merken. Es gibt viele Schwer Kranke, zum Beispiel Krebspatienten, die dringend auf neue, innovative Arzneimittel warten, um wenigstens Linderung zu erfahren.

Vielen Dank für das Interview.

Zur Person

Michael Klein (46) ist seit 2004 Geschäftsführer Recht und Corporate Affairs von Pfizer Deutschland. Der Jurist hat nach dem Studium zunächst als Rechtsanwalt gearbeitet und ist seit 1990 in verschiedenen Positionen für Pfizer tätig.

Zum Unternehmen

Der forschende Arzneimittelhersteller Pfizer ist weltweit führend und schwerpunktmäßig auf den Gebieten Human-Arzneimittel, Consumer Healthcare und Tiergesundheit tätig.

Im vergangenen Jahr profitierten über 165 Millionen Patienten von Pfizer-Arzneimitteln, davon mehr als 9 Millionen in Deutschland. Mit dem höchsten Forschungsetat der Branche (2004: 7,7 Milliarden US-Dollar) setzt der Arzneimittelhersteller mit Hauptsitz in New York neue Standards in der Erforschung und Entwicklung von innovativen Medikamenten.

Im Geschäftsjahr 2004 erzielte das Unternehmen weltweit einen Umsatz in Höhe von rund 52,5 Milliarden US-Dollar und beschäftigte ca. 120.000 Mitarbeiter. Die Unternehmen der Pfizer-Gruppe in Deutschland befinden sich an vier Standorten: Karlsruhe, Raum Nürnberg, Illertissen und Freiburg. Insgesamt sind etwa 5.200 Mitarbeiter beschäftigt.

REWE

Zur Eröffnung weiterer miniMAL-Märkte suchen wir zum Kauf oder zur Miete

in Orten ab 5.000 Einwohner, insbesondere in:

Wiesbaden sowie in allen Stadtteilen,
Bad Camberg, Taunusstein,
Bad Schwalbach, Niedernhausen,
Eppstein, Hofheim,
Königstein, Kelkheim

Grundstücke

6.000–10.000 qm in guten Verkehrslagen.

Angebote bitte an: REWE Deutscher Supermarkt KGaA, z.Hd. Axel Kittler • Raiffeisenstraße 5–9 • 61191 Rosbach v.d.H.
Tel.: 06003/852395 • Telefax: 06003/8562395 • E-Mail: axel.kittler@rewe.de



Rüdesheimer Tunnel Kreis braucht keinen zweiten Sieber

Vorschläge von SPD-Landratskandidat Albers sind keine Alternative

Mit Erstaunen und Unverständnis wird in Rüdesheim am Rhein die vom Ersten Kreisbeigeordneten Albers (SPD) angemahnte „intelligente und ergebnisoffene“ Diskussion um eine Troglösung aufgenommen.

Rüdesheims parteiloser Bürgermeister Udo Grün und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Tunnel und Rheinbrücke“ Volker Mosler, müssen erneut kritisieren, daß die vom SPD-Politiker vorgetragenen angeblichen Alternativen wieder thematisiert werden.

Finanzierungsvereinbarung ist einzuhalten

Finanzierungsvereinbarung ist einzuhalten. Bevor am 14.09.1998 die Finanzierungsvereinbarung für die Verlegung der Bahn in einen Tunnel unterschrieben wurde, sind über 30 Varianten geprüft worden, um auszuloten, welche Lösung die Beste für das Rüdesheimer Verkehrsproblem ist. Dabei wurde seinerzeit auch eine sogenannte Troglösung geprüft und von Fachleuten aus mehreren Gründen für nicht durchführbar beurteilt.

30 Varianten wurden geprüft: Troglösung ist keine Lösung

30 Varianten wurden geprüft: Troglösung ist keine Lösung. Alle Varianten sind jahrelang geprüft und bewertet worden, so daß die Stadt Rüdesheim, der Rheingau-Taunus-Kreis, das Land Hessen und die Deutsche Bahn sowie das Bundesverkehrsministerium zur Entscheidung gekommen sind, daß die „B 4-Lösung“ die einzig richtige



Die Bahnschranke staut seit Jahrzehnten den Verkehr in Rüdesheim. Die Stadt und die Initiative „PRO Tunnel“ kämpfen für die Zukunftslösung.

ge und auch realisierbare Lösung ist.

Bürger erwarten zu Recht Lösungen von der Politik

„Die Bürger erwarten zu Recht von den Politikern, daß es weiter geht und nicht nur ständig geredet wird“, so Albers, der es aber leider nicht bewerkstelligen kann, daß Bundesverkehrsminister Stolpe nach Rüdesheim am Rhein kommt, um sich vor Ort über die Problematik zu informieren und mit den Verantwortlichen eine sachgerechte Diskussion zu führen.

Albers soll Genossen Stolpe in den Rheingau holen

Diese würde nämlich eindeutig bestätigen, daß der eingeschlagene Weg und die angelegenen Planungen richtig sind und es jetzt nur darauf ankommt, daß der seiner Partei angehörende Bundesverkehrsminister Stolpe endlich

seine ablehnende Haltung für die Finanzierung der Mehrkosten aufgibt.

Alles bis auf den Bund bekennen sich zum Tunnel

Alle bis auf den Bund bekennen sich zum Tunnel. Aus Rüdesheimer Sicht ist der Tunnel finanzierbar, denn Land, Kreis und Stadt haben sich eindeutig dazu bekannt, wenn dies Herr Albers neuerdings aber auch für den Kreis in Frage stellt, was aber nicht in seine Kompetenz fällt, ist das für Rüdesheim am Rhein bedenklich.

Tunnel nicht negativ in Wahlkampf hineinziehen

Grün und Mosler bedauern, daß die Tunnel Diskussion so negativ in den Landratswahlkampf einbezogen wurde, statt auf allen politischen Ebenen, insbesondere von Herrn Albers, der ja Landrat werden will, dafür sorgt, daß Berlin sich bewegt.

Schlungenbad ist zahlungsunfähig – das Konto der Gemeinde gepfändet

Nach vier Jahren wollte Bürgermeister Detlev Sieber (SPD) die Gemeinde Schlungenbad schuldenfrei haben. Sechs Jahre nach seinem Amtsantritt ist die Kommune zahlungsunfähig.

Weil er die Kreisumlage in Höhe von 918.000 Euro nicht an die Kreisverwaltung abführte, sperrte diese Anfang Februar ein Konto der Gemeinde Schlungenbad und ordnete die Pfändung der eingehenden Gelder an.

Weitere Kredite

Weitere Kredite. Nun nahm Sieber weitere Kredite in Höhe von 1,5 Millionen Euro auf. Seine Bündnispartner fragten sich, wofür Sieber soviel Geld brauche, wenn er „nur“ 918.000 Euro Schulden beim Kreis hat. Die FDP bezeichnete den beantragten Kredit als „unerkklärlich“.

Doch dann kam heraus, warum der Herr Bürgermeister noch mehr Geld braucht: Auch beim Abwasserverband hatte Sieber seine Rechnungen seit mehr als einem halben Jahr nicht mehr bezahlt: weitere 350.000 Euro...

Schöne Aussichten: Sieber ist finanzpolitischer Berater von Albers

Sieber ist auch finanzpolitischer Berater des SPD-Land-

ratskandidaten Burkhard Albers und der SPD-Kreistagsfraktion.

Auf Kreisebene wollten Sieber und Albers zeigen, wie leicht man den Kreishaushalt sanieren kann. Albers: „Mit ihm habe ich einen verlässlichen und erfolgreichen Partner.“ Wie verlässlich und erfolgreich Sieber wirklich ist, weiß man spätestens seit der Zwangvollstreckung.

Politischer Offenbarungseid

Siebers Vorschlag in der kleinen Gemeinde Schlungenbad einen hauptamtlichen Beigeordneten zu installieren, der die Finanzpolitik übernimmt, ist der politische Offenbarungseid - der die Gemeinde pro Jahr etwa 100.000 Euro kosten würde.

Die Bündnispartner von Sieber wurden von dem Finanzskandal genauso überrascht, wie die Bürger der Gemeinde Schlungenbad. FDP-Fraktionschef Hermann Otto: „[...] Jetzt müssen die Daumenschrauben angezogen werden. [...] / [...] Da ist mit Sicherheit noch eine Leiche. [...]“. Mittlerweile fordert die FDP sogar den Rücktritt des Bürgermeisters.

Kommentar der Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)

Kommentar der Frankfurter

Allgemeine Zeitung (FAZ) „[...] Detlev Sieber (SPD), einer der schärfsten Kritiker des Landrats, hatte sein Bürgermeisteramt in Schlungenbad 1999 mit der vollmundigen Ankündigung angetreten, die Gemeinde binnen vier Jahren zu entschulden.“

Gescheitert ist er damit ebenso wie mit dem Anspruch, auf Kreisebene dem Kämmerer und Landrat Bernd Röttger (CDU) den Weg zur finanziellen Konsolidierung zu weisen. [...] Sieber selbst wäre wohl

über einen derart säumigen Schuldner erbost. [...]

Blamage des gelernten Unternehmensberaters

Die von Sieber für die Zahlungsunfähigkeit angeführten Gründe sind wenig stichhaltig, wenn es selbst finanziell weitaus schwächere Gemeinden wie Lorch und Aarbergen schaffen, ihre Umlage pünktlich an die Kreiskasse abzuführen. Die Blamage des gelernten Unternehmensberaters wird dadurch noch größer.“

Aussage von Bürgermeister Sieber falsch

„Die Aussage von Bürgermeister Detlev Sieber ist falsch und wird von der Kommunalaufsicht nicht bestätigt“, betont die Kreisverwaltung des Rheingau-Taunus-Kreises.

Der Schlungenbader Bürgermeister hatte im Zusammenhang mit der Sperrung eines Kontos der Gemeinde durch den Rheingau-Taunus-Kreis wegen der seit Juli 2004 nicht erfolgten Zahlung der Kreis- und Schulumlage in Höhe von 918.000 Euro betont, „daß

ihm die Kommunalaufsicht selbst geraten habe, Liquiditätsengpässe über eine Streckung der Kreisumlage zu überbrücken“.

Landrat Röttger hat daraufhin die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommunalaufsicht um Stellungnahme gebeten. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versicherten, eine solche Aussage weder schriftlich noch mündlich jemals gegenüber Bürgermeister Sieber abgegeben zu haben.



Ich bin EADS

Mein Name ist Reiner Marschlich. Ich bin Projektleiter für das unbemannte Aufklärungsflugzeug EuroHawk. Der EuroHawk fängt in Krisengebieten Funksprüche ab und spürt Radarsender auf, um die Ergebnisse in Echtzeit an eine Basisstation weiterzuleiten. Dabei kann er in 20 Kilometern Höhe mehr als 24 Stunden in der Luft bleiben. Ich schätze die Zusammenarbeit mit meinen Kollegen bei unserem amerikanischen Partner Northrop Grumman nicht zuletzt deshalb, weil uns die Begeisterung für die Luft- und Raumfahrt verbindet. Mich reizt die Aufgabe, meinen persönlichen Beitrag zur globalen Sicherheit zu leisten. Ich bin EADS.

www.eads.com



AIRBUS



EUROCOPTER



EUROFIGHTER



A400M



METEOR



GALILEO



ARIANE



EADS

The step beyond

CDU-Winterwanderung war wieder ein voller Erfolg

Auch beim siebten Mal spielt das Wetter mit und verschafft der Veranstaltung viel Zulauf

Auch die 7. CDU-Winterwanderung, zu der der CDU-Stadtverband Bad Schwalbach gemeinsam mit dem CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Franz Josef Jung eingeladen hatte, war wie bereits in den vergangenen Jahren wieder ein voller Erfolg.

Entgegen der Vorhersagen blieb Bad Schwalbach auch von starkem Regen und Orkanböen verschont und so blieb die Wanderung – bis auf wenige Tropfen – vom Regen verschont. Fast 100 Wanderer, davon rund 20 Nordic Walker, nahmen in diesem Jahr teil.

Nach einer kurzen Begrüßung vor dem Kurhaus in Bad Schwalbach durch den CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Franz Josef Jung und Landrat Bernd Röttger machte sich die Gruppe auf die Wanderstrecke.

Mit dabei auch der Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch und Familie

Neben der konventionellen Wanderung gab es eine Nordic Walking-Gruppe, die von Brigitte Federmann (Basic Instructor des Deutschen Nordic Walking Verbandes) fachkundig auf der Wanderstrecke begleitet wurde. Neben zahlreichen Bür-

gerinnen und Bürgern aus dem Kreis nahmen auch der Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch mit seiner Familie, Bürgermeister Michael Kalhoff und die Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion Birgit Kind an der Wanderung teil; daneben die Vorsitzenden des

13.30 Uhr erfolgte der Start am Kurhaus, vorbei am Hotel Eden Parc bis zum Waldsee, weiter durch das Nesselbachtal bis zum Dreitälerweg und schließlich bis zur Moeller-Hütte. Nach rund 1 Stunde Laufzeit wurde dort eine Zwischenrast eingelegt, an der die Jun-

Während der Rast nutzten die Teilnehmer die Gelegenheit zu Gesprächen mit den Vertretern der örtlichen Politik und dem Abgeordneten Dr. Franz Josef Jung.

Malerische Tour von Bad Schwalbach über die Platte

Nach der Rast führte der Weg weiter durch das Gleisbachtal zum Waldseetempel und hinauf zur Wodanhütte und schließlich zum Café-Restaurant Platte. Dort konnten sich alle Wanderer nach insgesamt 2 ½ Stunden Laufzeit abschließend in angenehmem Ambiente mit deftigen Speisen und Getränken sowie Kaffee und Kuchen stärken.

Schwalbenkönigin war mit von der Partie

Auch die Schwalbenkönigin Miriam Horacek ließ es sich nicht nehmen, noch einmal zur Abschußrast zu kommen, um die Wandergruppe zu begrüßen. Sie selbst konnte an der Wanderung nicht teilnehmen, da sie wegen anderer Termine verhindert war.

Am Ende waren sich die Teilnehmer einig – „Schön war's wie immer – und ein voller Erfolg“.



Der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Franz Josef Jung mit Brigitte Federmann (Basic Instructor des Deutschen Nordic Walking Verbandes) bei der Zwischenrast. Federmann begleitet mit einer Nordic-Walking-Gruppe fachkundig die Wanderstrecke. Ein neuer Nordic-Walking Parc wird im März offiziell in Bad Schwalbach eröffnet.

CDU-Stadtverbandes Bad Schwalbach, Sascha Praisler und Alexander Born, sowie der Vorsitzende der Senioren-Uni-

on Michael Stein. Pünktlich um ge Union Bad Schwalbach/Heidenrod die Teilnehmer mit kalten und heißen Getränken sowie heißen Würstchen und frischen Brötchen versorgte.

In Frankfurt nur Lande- und keine Startbahn geplant

Sogar tendenzielle Entlastung für Schlangenbad

„Erschreckend“ findet der Bundestagsabgeordnete für den Rheingau-Taunus und Limburg, Klaus-Peter Willsch (CDU), die am 18. Februar im Wiesbadener Kurier verbreitete Äußerung des Schlangenbader Bürgermeisters Detlev Sieber (SPD) zum Ausbau des Frankfurter Flughafens.

„Herrn Sieber scheint nicht klar zu sein, was am Airport überhaupt vor sich geht“, so der Abgeordnete. Es werde einzig und allein eine Landebahn in Ost-West-Richtung und eben keine Startbahn gebaut.

Da der Wind rund neun Monate im Jahr aus Westen weht und Flugzeuge stets gegen den Wind landeten und starteten, ergebe sich eine ganz klare Entlastung für Schlangenbad.

Sieber nicht informiert, was auf dem Airport los ist

Hinzu komme, daß auf einer Landebahn stets die Möglichkeit des „Durchstartens“ vorhanden sein müsse.

„Dies bedeutet, daß ein gerade gelandetes Flugzeug bei Gefahr am Boden sofort wieder die Möglichkeit zum Abheben haben muß“, so Willsch.

Hierfür müsse der Luftraum freigehalten werden.

Flugzeuge starten und landen 3/4 des Jahres gen Westen, gegen den Wind

Wenn also von beiden bereits vorhandenen Parallelbahnen wie bisher in drei Vierteln der Fälle in Richtung Westen gestartet werde, müßten die startenden Flugzeuge weiter nach Westen fliegen, um den Luftraum für das „Durchstarten“ auf der neuen Landebahn freizuhalten.

„Wenn die startenden Flugzeuge dann weiter im Westen abdrehen, entlastet das tendenziell Schlangenbad und den Oberen Rheingau. Gerade für Schlangenbad dürfte dies noch eine zusätzliche Entlastung bringen“, so Willsch.

„Als angeblicher Aeronaut sollte Herr Sieber dies alles eigentlich wissen, wenn er Bruchlandungen vermeiden will“, so der Abgeordnete, der sich nach den jüngsten Vorfällen in Schlangenbad außerdem jegliche Belehren von Sieber in Sachen Ehrlichkeit verbitte.

Ich wähle am 6. März Bernd Röttger,
weil er sich persönlich dafür eingesetzt hat, dass die Notfallversorgung der Rheingauer Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin in der bisherigen hohen Qualität erhalten bleibt.



Horst Korte

Kreisaltenzentrum

Auf das Schärfste hat der sozialpolitische Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion Rheingau-Taunus, Franz Weibenberger, den Vorwurf von Bündnis 90/Die Grünen zurückgewiesen, Landrat Bernd Röttger (CDU) trage die Verantwortung für die Kostenexplosion beim Kreisaltenzentrum.

Tatsache sei, daß das Land letztendlich nur noch 70 Prozent anstatt 85 Prozent der Baukosten getragen habe und der ehemalige Landrat Klaus Frietsch (SPD) den Kreistag lange darüber im Dunkeln gelassen habe. Aus dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes des Jahres 2000 gehe auch hervor, daß der ehemalige Landrat Frietsch die Zuständigkeit und Verantwortung für die Baudurchführung auf den Geschäftsführer alleine übertragen hat.

Der von Landrat Bernd Röttger verhängte Baustopp habe mit der Kostensteigerung überhaupt nichts zu tun. Dadurch seien dem Kreis im Gegenteil sogar weiter explodierende Kosten erspart worden. Und der Vorwurf gegen Röttger werde auch nicht richtiger, wenn er mehrfach wiederholt werde.

EDEN PARC HOTEL

Samstag 12.3.05 „Hessische Spezialitäten“
Sonntag 13.3.05 Brunchtime

jeweils € 25,- pro Person

Romantik Hotel Eden Parc
Goetheplatz 1, 65307 Bad Schwalbach
Tel. 06124-7040, Fax 06124-704600
www.eden-parc.de info@eden-parc.de

Abfluss-Rohr-Kanalreinigungsservice

heilhecker

65232 Taunusstein - Neuhof

06128-73770
06128-73830
Info@heilhecker.de
www.heilhecker.de

Legen Sie Ihre Probleme in unsere professionellen Hände!

- * Verstopfung * Befahrung * Schadensanalyse *
- * Dichtheitsprüfung * Fettabscheiderleerung *
- * Rohrreinigung * Rohraustrisungen * Renovation *

Bereitschaftsdienst rund um die Uhr
Wochenende, Sonn- u. Feiertage

Jugend für Bernd Röttger
Am 6. März ist Landratswahl



„Wähl' auch Du CDU!“

SKI-ARENA WILDKOGEL
Das traumhaft schönste, traumlichste Skigebiet Österreichs



NICI-KINDERFESTE
11. Februar & 25. März 2005
mit dem Kogel-Mogel & seinen Freunden

Pures Schneesvergnügen
Pulverschnee, blauer Himmel und eine Fernsicht, die die Gipfel des Nationalparks Hohe Tauern zum Greifen nahe erscheinen lässt. Traumhaftes Pistensvergnügen zum Saisonstart bietet die Ski-Arena Wildkogel.

Im Winter 2004/05 warten viele Neuigkeiten: Die kuppelbare Sechsesselbahn Pfeifferköpfl sorgt für noch mehr Komfort. Auch die Beschneiungsanlagen wurden erweitert - 3 weitere Pisten bieten seit heuer die perfekte Fabrunterlage. 14 km Rodelspaß vom Wildkogel nach Bramberg bis in die Nacht auf der mit Flutlicht ausgestatteten wahrscheinlich längsten Rodelbahn der Welt.

Wildkogelbahnen AG • Neukirchen/Bramberg • Tel. +43 (0) 6565 / 6405-0 • Fax 6405-22 • www.wildkogelbahnen.at

Bauernbespitzelung stoppen Rot-Grün bremst bei DNA-Analyse

Keine „verdeckte Feldbeobachtung“ mit Steuermitteln

In einer öffentlichen Ausschreibung (Az.: Z 1.6-93401-40/02, FKZ 20367442/02) hat das Umweltbundesamt im Oktober 2003 ein Projekt eingeleitet, bei dem mit „verdeckter Feldbeobachtung“ auf gewässernahen landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Flächen und ggf. unterstützt durch die Entnahme von Boden- und Pflanzensproben ein Fehlverhalten der Landwirte bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln erfaßt werden sollte.

Mit dieser Vorgehensweise wird ein ganzer Berufsstand diskreditiert. Denn nur wer glaubt, daß Recht und Gesetz generell unterlaufen werden, hält eine „verdeckte Feldbeobachtung“ für notwendig.

Existenz zunächst gelehnt

Von Seiten des Umweltbundesamtes und der zuständigen Bundesministerien für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bzw. Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft wurde die Existenz dieses Projektes anfangs schlicht gelehnt.

Im Februar 2004 wurde der heimische Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch (CDU) durch eine Information des Kreisbauernverbandes auf diese ungeheuerliche und mit Steuergeldern finanzierte Kampagne des pauschalen Mißtrauens gegen die heimische Landwirtschaft aufmerksam.

02 / 2004: Willsch fordert Bericht von Bundesregierung

Er forderte als Mitglied des Haushaltsausschusses in einer Berichtsanhörung an die Bundesregierung sofortige Aufklärung über das Programm. Erst auf massiven Druck der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und von Seiten der Landwirtschaft kamen nach und nach spärliche Informationen über das Vorhaben des Umweltbundesamtes ans Licht.

Ziel der Untersuchung ist es danach, „einen realistischen Überblick über die Anwendungspraxis im Pflanzenschutz und den Umgang mit Abstandsregelungen zu gewinnen“. Begründet wurde die Notwendigkeit zur Durchführung dieses Projektes nun mit dem Fehlen von gesicherten Zahlen und Daten in diesem Bereich.

Daten der Landesbehörden nutzen

Diese Feststellung ist jedoch nicht zutreffend. Solches Zahlenmaterial existiert – bei den jewei-

ligen Landesbehörden, die dafür zuständig und deren Mitarbeiter dafür ausgebildet sind.

Bislang hat die Bundesregierung keine Anstalten gemacht, die Zuständigkeit für die Kontrolle bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln neu zu regeln. Dies ist jedoch zwingend notwendig, will man Kompetenzwirrwarr und Doppelzuständigkeiten zukünftig vermeiden.



Ist das die Zukunft der Landwirtschaft? Bespitzelung und pauschale Anschuldigungen.

Titel schnell geändert

Als weiteres Ergebnis des erzeugten öffentlichen Drucks wurde der verunglückte Titel des Projektes geändert. Aus „verdeckt“ wurde „unangekündigt“, womit immerhin die sprachliche Entgleisung des Umweltbundesamtes korrigiert wurde.

Keine Gesprächsbereitschaft bei der Regierung

Sowohl die Behörde als auch das sie beaufsichtigende Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit waren bezüglich der Planung des Projektes zu keinerlei Zugeständnissen bereit.

In die Kritik an diesem Vorhaben reiht sich mittlerweile auch die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, ein. In der Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung vom 7. Februar 2005 wird sie insoweit zitiert: „Ich habe das von Anfang an für keine gute Idee gehalten, mal abgesehen davon, ob das Umweltbundesamt überhaupt auf den Acker darf. Noch gibt es ja ein Recht auf Eigentum.“ [...]

Ministerin Künast rudert zurück

Das von der Ministerin angesprochene „Reduktionsprogramm chemischer Pflanzenschutz“ wurde am 29. Oktober 2004 im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft vorgestellt. Dabei wurde der Dialog mit allen Beteiligten, also mit den

Landwirten, den Behörden auf Landes- und Bundesebene und den Herstellern von Pflanzenschutzmitteln gesucht.

Offenheit und Transparenz besser als Bespitzelung

Mit einer solchen Einbindung der Betroffenen können in einem transparenten und offenen Verfahren mögliche Probleme bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln herausgearbeitet werden.

Denn es ist völlig unstrittig, daß Kontrolle und Sicherheit im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln absolut notwendig und wichtig sind. Sicherlich gibt es bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln „schwarze Schafe“, und niemand will denjenigen schützen, der gegen Gesetze verstößt. Das rechtfertigt aber keinen Generalverdacht, wie er durch das Projekt des Umweltbundesamtes erweckt wird.

Fachgerechte Anwendung von Pflanzenschutz

Eine fachgerechte Anwendung von Pflanzenschutzmitteln ist schließlich im Interesse aller – zuallererst im Interesse der Landwirte selbst. Nur durch einen effizienten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln können unsere Landwirte kostendeckend und umweltschonend Lebensmittel von gleichbleibend hoher Qualität produzieren.

Dabei müssen die in Deutschland tätigen Landwirte bereits heute bei der Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln strengste Auflagen erfüllen. Sie müssen einen entsprechenden Sachkundennachweis erbringen. Pflanzenschutzgeräte werden vom TÜV, ebenso wie die Ausbringung selbst von den zuständigen Pflanzenschutzämtern, regelmäßig überprüft.

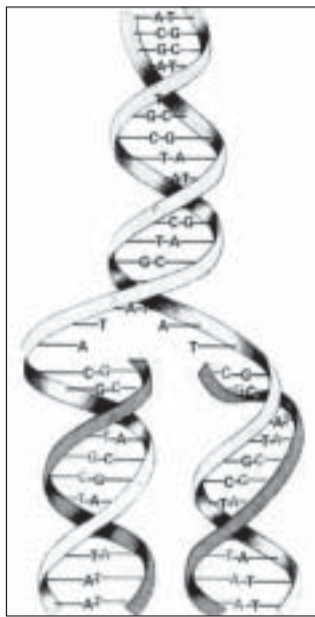
Letztendlich Täuschung?

Die Bundesbehörde ist offensichtlich nicht bereit, mit den Länderbehörden bezüglich der Auswertung bzw. weiteren Verwendung der Daten zusammenzuarbeiten. Statt dessen wurde erklärt, daß die Bundesländer ihre Daten über die Kontrolltätigkeit im Pflanzenschutz nur unzureichend übermittelt hätten.

Deshalb werde das Umweltbundesamt im Frühjahr 2005 mit der Durchführung des umstrittenen Projektes beginnen. Sowohl das Umweltbundesamt als auch die Bundesregierung haben in dieser Angelegenheit die Öffentlichkeit mehrfach getäuscht.

Union fordert besseren Schutz vor Sexual- und Kapitalverbrechern

Die molekulargenetische Untersuchung von Körperzellen zum Nachweis der Identität wird zunehmend zur Standardmaßnahme staatsanwaltlicher und polizeilicher Ermittlungen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat jetzt eine Gesetzesvorlage vorgelegt, der das Instrument der DNA-Analyse - wir erinnern uns an den beeindruckenden schnellen Erfolg im Mordfall Mooshammer - zum Schutz der Bevölkerung vor Kapitalverbrechen stärkt.



Als besonders erfolgreich erweist sich die Nutzung der DNA-Datei des Bundeskriminalamtes, die in einer ständig steigenden Anzahl von Fällen die schnelle und zuverlässige Identifikation ermöglicht.

Aus Sicht der Strafverfolgungsbehörden besteht ein

dringendes Bedürfnis, den Aufbau und die Pflege der DNA-Analyse-Datei auf eine breitere Grundlage zu stellen und damit die Effizienz der Tataufklärung weiter zu verbessern.

Geltendes Recht

Das geltende Recht sieht die Erhebung des genetischen Fingerabdrucks zu Zwecken künftiger Strafverfahren nur in engen Grenzen vor. Voraussetzung ist der Verdacht einer Straftat von erheblicher Bedeutung oder eines Deliktes gegen die sexuelle Selbstbestimmung sowie die Prognose, daß gegen den Betroffenen künftig Strafverfahren wegen Straftaten von erheblicher Bedeutung zu führen sind.

Mit diesen Einschränkungen will das bisherige Recht dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit insbesondere im Hinblick auf den Schutz der in der DNA verschlüsselten Erbinformationen Rechnung tragen. In der Praxis erweist sich jedoch, daß die Erhebung und Nutzung des genetischen Fingerabdrucks über die Geschlechtsbestimmung hinaus keine qualitative Auswertung der Erbinformation, sondern ausschließlich eine Überprüfung von Mustern auf Übereinstimmung oder Abweichung zum Gegenstand hat.

Genetischer Fingerabdruck konsequent nutzen

Der Gesetzentwurf der Union ermöglicht es, die DNA-Analyse als verlässliches Mittel zur

Hintergrund

lungsgesetz in mehrfacher Hinsicht materiellen und verfahrensrechtlichen Schranken.

Es bleibt eine hohe Hürde

Der Beschuldigte muß einer Straftat von erheblicher Bedeutung oder einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung verdächtig sein (qualifizierte Anlaßtat). Wegen der Art oder der Ausführung der Tat, der Persönlichkeit des Beschuldigten oder sonstiger Erkenntnis- oder sonstiger Gründe zu der Annahme bestehen, daß gegen den Beschuldigten künftig Strafverfahren wegen einer Straftat von erheblicher Bedeutung zu führen sind (qualifizierte Negativprognose).

Richtervorbehalt

Die Maßnahme unterliegt dem Vorbehalt richterlicher Anordnung. Mit diesen Einschränkungen will das bisherige Recht der besonderen informationellen Sensibilität von Untersuchungen der menschlichen DNA und dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung tragen. Die Vorschriften sind dabei vor allem durch die Befürchtung einer Offenlegung der eigentlich persönlichkeitsrelevanten Erbinformationen motiviert.

In der Praxis erweist sich jedoch, daß diese Befürchtung nicht begründet ist. Die in der StPO geregelte molekulargenetische Untersuchung zielt auf die Feststellung der Identität und ggf. des Geschlechts des Spurenlagers.

Genetischer Fingerabdruck

Das Verfahren des genetischen Fingerabdrucks stützt sich auf den Vergleich so genannter Längenspolymorphismen. Es handelt sich dabei um Teile der DNA, die in den unterschiedlichen Zellen einer Person zwar konstante Längen, in der Bevölkerung aber Variationen aufweisen. Zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit wird das DNA-



Aufklärung und Verhinderung von Straftaten effizient anzuwenden. Danach kann die DNA-Analyse endlich als eine Maßnahme der erkenntnisdienlichen Behandlung eingesetzt werden.

Dies entspricht sowohl dem Wandel der Bedeutung dieses Mittels der Tataufklärung als auch den Erfordernissen der Praxis der Strafverfolgung. Die Erhebung des genetischen Fingerabdrucks zum Nachweis der Identität eines Spurenlagers ist inzwischen zu einer Standardmaßnahme staatsanwaltlicher und polizeilicher Ermittlungstätigkeiten geworden.

Der bisher bestehende Richtervorbehalt für die Anordnung der DNA-Analyse führt zu bürokratischem Mehraufwand und unnötigen Zeitverzögerungen.

Identifizierungsmuster durch Markierung festgelegter Abschnitte (short tandem repeats (STRs)) unterschiedlicher Chromosomen erhoben.

Diese Teile der DNA finden sich ausschließlich und mit besonders deutlicher Varianz in den sogenannten nicht kodierenden Bereichen, die überwiegend aus sich wiederholenden Sequenzen spezifischer Basenabfolgen (DNA-Blöcke) bestehen. Unter dem Begriff der „nicht kodierenden Bereiche“ werden die Teile der DNA verstanden, die gerade keine genetisch kodierten Erbinformationen enthalten.

Identitätsfeststellung

Die Identitätsfeststellung unter Einsatz molekular-genetischer Untersuchungen hat daher nach dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik weder in der Zielrichtung noch im unmittelbaren Objekt der Untersuchung eine qualitative Exploration der Erbinformation zum Gegenstand.

Vielmehr ergibt sich, daß die Maßnahme hinsichtlich der informationellen Eingriffstintensität weitgehend mit dem in § 81b StPO geregelten daktyloskopischen Fingerabdruck zu vergleichen ist.

Beide Methoden führen ausschließlich zur Feststellung von Kongruenz oder Divergenz der Muster – seien diese in den Papillarlinien der Fingerspitzen oder einer Sequenzwiederholung in der DNA enthalten. Eine andere Bewertung ergibt sich auch nicht unter dem Blickwinkel etwaiger Mißbrauchgefahren.

Sorge vor Mißbrauch unbegründet

Soweit dabei die generellen Möglichkeiten des Mißbrauchs der für die Untersuchung gesicherten Körperzellen betroffen sind, handelt es sich nicht um eine spezielle der DNA-Analyse anhaftende Gefahr – diese Möglichkeit besteht etwa bei jeder Blutprobe.

Die immer wieder vorgetragenen Bedenken von Datenschützern sind unbegründet. Nur die nicht codierende DNA, die keinerlei genetische Informationen enthält, wird anonymisiert untersucht und gespeichert. Die in der StPO geregelte molekulargenetische Untersuchung zielt allein auf die Feststellung der Identität und ggf. des Geschlechts des Spurenlagers. Andere Untersuchungen sind nach dem eindeutigen Wortlaut der bisher geltenden Regeln und auch nach den heute beschlossenen Vorschriften nicht zulässig. Die Erhebung des Identifizierungsmusters und dessen Abgleich mit den Vergleichsdaten, etwa aus der DNA-Datei beinhaltet keinerlei qualitative Auswertung der in der DNA enthaltenen Erbinformation.

Folgerichtig ist es deshalb, daß der genetische Fingerabdruck wie der herkömmliche Fingerabdruck behandelt wird. Die Polizei kann die Entnahme der Speichelprobe anordnen. Nur im Falle eines körperlichen Eingriffs, z.B. einer zwangsweisen Untersuchung, muß diese wie auch die zwangsweise Fingerabdrucknahme durch einen Richter angeordnet werden.

Die sowohl aus spezial- als auch aus generalpräventiven Gründen und im Hinblick auf den Schutz der Bevölkerung vor schweren Straftaten lange überfällige Möglichkeit der konsequenten und umfassenden Nutzung der DNA-Analyse ist nach dem vorliegenden Gesetzentwurf eröffnet.

Schon das geltende Verfahrensrecht enthält im Übrigen in § 81e Abs. 1 Satz 1 und 3 StPO eindeutige Verbote hinsichtlich der Gewinnung und Nutzung von Überschubinformationen, die die mißbräuchliche Erhebung solcher Daten schon mit Blick auf die fehlende Verwertbarkeit als Beweismittel sinnlos macht. Der Entwurf schlägt zu diesen Schranken keine sachlichen Änderungen vor.

Informationelle Selbstbestimmung gewahrt

Die mitunter diskutierte Möglichkeit, auch dem nicht kodierenden Bereich und damit unmittelbar dem DNA-Identifizierungsmuster ließen sich über die Individualität hinaus personenbezogene Informationen zum äußeren Erscheinungsbild entnehmen, ist nach dem derzeitigen Stand von Wissenschaft und Technik nicht hinreichend gesichert und in der Sache selbst kaum als intensiver Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung anzusehen.

Soweit hier überhaupt Aussagen zur genetischen Disposition für das Aussehen eines Menschen möglich sind, handelt es sich nicht um eine Decodierung von Erbinformationen, sondern vielmehr ausschließlich um eine Zuordnung statistischer Häufungen.

Kosten

Wenn häufiger als bisher DNA-Analysen für Zwecke künftiger Strafverfahren durchgeführt werden, kann dies zu erhöhtem Aufwand bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht führen.

Dem stehen jedoch Erleichterungen bei der Tataufklärung und damit die Vermeidung ansonsten notwendiger Ermittlungstätigkeiten mit entsprechendem Aufwand gegenüber.

Kompetenz in Holz und Kunststoff

Schlaadt Unternehmensgruppe



Als mittelständisches Familienunternehmen sind wir spezialisiert auf die Fertigung hochwertiger Parkettfußböden, die wir unter dem Markennamen PAVINO® vertreiben.

Darüber hinaus produzieren wir Formteile aus Styropor® sowie artverwandten Partikelschäumen, die in den vielfältigsten Anwendungsbereichen schützen und isolieren.

Mit insgesamt 8 Produktionsstätten und rund 400 Mitarbeitern nehmen wir in beiden Bereichen eine führende Marktposition ein. Die Bündelung von Kompetenz und Erfahrung ermöglicht SCHLAADT die Schaffung und

konsequente Weiterentwicklung innovativer Produkte und Systemlösungen. Der Einsatz modernster Fertigungsanlagen garantiert gesicherte Qualität auf höchstem Niveau.

60jähriges Hessen-Jubiläum

Landtagsabgeordneter Franz Josef Jung ruft zum Mitmachen auf

Der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Franz Josef Jung ruft Bürger und Institutionen aus dem Rheingau-Taunus-Kreis zur Teilnahme am 60-jährigen hessischen Landesjubiläum auf, das im Jahr 2005 und 2006 gefeiert wird.

Viele Vereine, Verbände und Einrichtungen Hessens und des Rheingau-Taunus-Kreises seien nach dem Krieg gegründet oder neu formiert worden und vollendeten somit in der nächsten Zeit ebenso wie das Land Hessen die 60 Jahre.

Hessen feiert 60 stolze Jahre

Es sei daher eine gute Gelegenheit für diese Institutionen, ihre Feierlichkeiten unter das Jubiläumsmotto des Landes „Hessen - 60 stolze Jahre“ zu stellen und so gemeinsam mit dem Land 60 gute Jahre für Hessen und seine Vereine und Organisationen zu feiern, so Jung.

Neben Vereinen und Organisationen ermunterte der CDU-Landtagsabgeordnete aber auch die Bürgerinnen und Bürger des Rheingau-Taunus-Kreises zum aktiven Mitmachen bei den Jubiläumsfeierlichkeiten.

Jeder Hesse kann sich beteiligen

Jeder habe die Möglichkeit, sich bei den geplanten Veranstaltungen, Festumzügen, Ehrungen und weiteren Gelegenheiten einzubringen und damit ein Zeichen für ein engagiertes, vielfältiges und buntes Hessen zu setzen, das für seine Einwohner nunmehr seit 60 Jahren einen friedlichen und sicheren Lebensraum biete.

Die ganze Palette dieser 60 Jahre Hessen sollten in den Feierlichkeiten sichtbar werden und so ein plastisches Bild der Gesellschaft wiedergeben, so der CDU-Landtagsabgeordnete.

Jubiläumsfeierlichkeiten

Höhepunkte der Jubiläumsfeierlichkeiten werden Veranstaltungen im September 2005 und im Dezember 2006 sein, so Jung. Mit diesen Veranstaltungen solle an die Proklamation des Landes Hessen durch US-General Eisenhower und an die Annahme der Verfassung durch die Bevölkerung sowie die Wahl des ersten hessischen Landtags am 1. Dezember 1946 erinnert werden.

Auch eine historische Wanderausstellung sei geplant, die nach ihrer Eröffnung im Museum Wiesbaden auch in den Landkreisen und den kreisfreien Städten Hessens zu sehen sein werde, informiert der CDU-Politiker.

Kulturlandschaft Rheingau sollte starken Anteil haben

„Ich hoffe auf eine rege Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Vereine und somit auf ein starkes Gewicht des Rheingaus bei den Feierlichkeiten. Der Rheingau ist schließlich eine der schönsten Kulturlandschaften Hessens und das sollte gerade im Rahmen des 60-jährigen Jubiläums für alle sichtbar werden“, so Jung abschließend.

Weitere Informationen zu den geplanten Veranstaltungen des Jubiläums finden sich im Internet unter der Adresse www.60StolzeJahre.hessen.de

Dort haben auch Vereine die Möglichkeit, ihre eigenen Jubiläumsfeiern in den Veranstaltungskalender eintragen zu lassen und damit für sich zu werben. Auch das Logo zum Hessenjubiläum kann auf der Seite heruntergeladen werden.

Rot-Grün öffnet Kriminellen Tür und Tor

Untersuchungsausschuß ermittelt – Schmutzige Geschäfte mit Reisefreiheit

Ziel der Grünen Außenpolitik war und ist es, Einreisebedingungen nach Deutschland zu vereinfachen. Dieses Ziel wurde mit zwei Erlassen 1999 und 2000 erreicht.

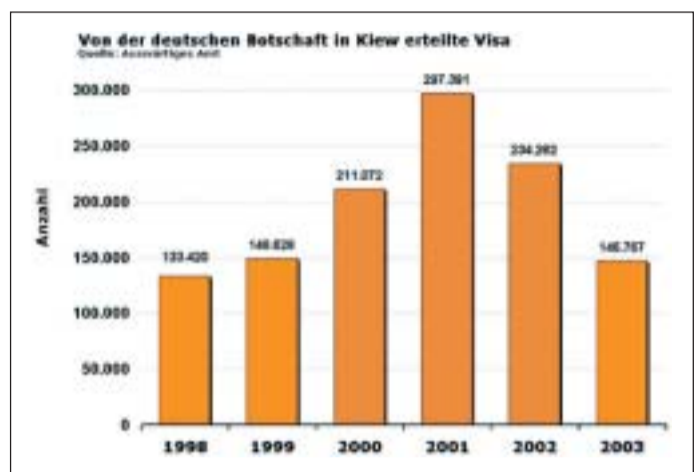
Aus der Devise „im Zweifel für die Reisefreiheit“ hat sich sehr schnell ein schmutziges Geschäft entwickelt. Hunderttausende vermeintliche Touristen sind dadurch als Schwarzarbeiter

se nach Deutschland so weit zu lockern, daß Schleuser aus der Ukraine und anderen GUS-Staaten, in der Folge auch aus weiteren Ländern, nahezu freie Bahn hatten.

Der Skandal in Kürze

Es ist nicht zu verstehen, wie effizient und rücksichtslos die Grüne Spitze des Außenministeriums begründete Einwände von den Botschaften, vom BKA und BGS gegen ihre Visumpraxis wegbügelte.

Beamte des Auswärtigen Amtes vor allem in den vier Deutschen Botschaften - Kiew, Moskau, Pristina und Tirana - warnten ihre Berliner Zentrale vor den untragbaren Zuständen. In Kiew mußten die Mitarbeiter der Visa-stelle bis zu 14.000 Anträge monatlich bearbeiten. Zur genauen Prüfung blieb keine Zeit. Das bedeutet zwei Minuten pro Antrag. Die Kfz-Zulassung dauert in Berlin bei Vorlage aller gültigen Papiere 16 Minuten.



Der Untersuchungsauftrag des Ausschusses

Der Untersuchungsausschuß soll klären, ob durch Mitglieder der Bundesregierung oder durch andere Personen im Verantwortungsbereich der Bundesregierung durch Erlasse, Weisungen oder in sonstiger Weise seit Oktober 1998 bei Anwendung des geltenden Ausländerrechts die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder anderer Schengenstaaten beeinträchtigt oder gefährdet wurde und dabei insbesondere durch die Visaerteilungspraxis

der deutschen Auslandsvertretungen insbesondere in Moskau, Kiew, Tirana und Pristina

1. gegen geltendes Recht oder internationale, insbesondere Schengener Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland verstoßen wurde,

2. Schwarzarbeit, Prostitution, Frauenhandel, terroristische Handlungen oder sonstige Kriminalität - auch in der Form der Organisierten Kriminalität - wie z. B. gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen von Ausländern, ermöglicht oder erleichtert wurden.

Reinhard Mey gibt 2 Konzerte im Rhein-Main-Theater

Mey: ehrlich, zornig, lebenslustig - Vorverkauf hat begonnen

Seit 40 Jahren behauptet er sich erfolgreich in der deutschen Musikszene – Reinhard Mey. Und wenn er am 26. und 27. Oktober jeweils um 20 Uhr im Rhein-Main-Theater Niederrhausen auftritt, wird das Publikum sofort merken, warum.

Es ist seine Ehrlichkeit, sein Zorn, seine Nachdenklichkeit, aber auch seine ansteckende Lebensfreude, die dem Musiker mit der ausdrucksstarken Stim-

me und dem feinen Gitarrenspiel diese Ausnahmestellung verschafft. 23 Alben hat er veröffentlicht, mit „Ich wollte wie Orpheus singen“ bis „Nanga Parbat“ wahre Klassiker geschaffen.

In all den Jahren hat sein Publikum ihn als einen äußerst feinsinnigen und humorvollen Künstler kennen und schätzen gelernt – und die Qualität seiner Live-Auftritte ebenso.

Wer diesen Ausnahmekünstler erleben möchte, sollte sich schnell seine Eintrittskarte (29,90 bis 43,10 Euro) sichern.

Die gibt es unter der Ticket-Hotline 06453-912470, an allen Vorverkaufsstellen mit Ticket Online oder CTS, im Internet unter www.rhein-main-theater.de oder direkt an der Kasse im Rhein-Main-Theater (Öffnungszeiten: dienstags 10 bis 12 Uhr, donnerstags 17 bis 19 Uhr).

Programm: KuZ-Eichberg

Breites Veranstaltungsangebot auch im April und Mai 2005

Anne Haigis, 8:pm-Tour

Freitag 1.4.2005, 20.00 Uhr
KUZ Eichberg
VK 13 Euro, AK 15 Euro

Elf Alben, 80 Konzerte im Jahr, Produktionen und Projekte mit so unterschiedlichen Kollegen wie Edo Zanki, Wolf Mahn, Nils Lofgren, Eric Burdon, Melissa Etheridge oder den Harlem Gospel Singers.

Ihr vielfältiges Repertoire schöpft sie aus ihrem bewegten Künstlerleben. Ihre Songs haben Texte, Melodie und vor allem immense emotionale Kraft.

Melancholischen Chansons gibt Anne ebenso viel Herzblut und Intelligenz mit wie ohrwurmigem Folk oder schwitzigem Blues.

Variete-Sternstunden

Traumhaft
Freitag 8.4.2005, 20.30 Uhr
Bürgerhaus Kiedrich
VK 13 Euro, AK 15 Euro, Kids 6 Euro

Die Trapezartistin schwingt dem Ikarus gleich in luftiger Höhe; der Jongleur bezwingt die Schwerkraft..., während der skurrile Stelzenmann die Puppen tanzen läßt.

Es erwartet Sie ein fantastischer Abend mit int. preisgekrönten Variete-Künstlern, die Ihr Herz erobern und Sie garantiert zum Lachen bringen!

Bringen Sie auch Ihre Kinder mit..., wenn an dem turbulenten Abend diese Sterne nur für Sie glänzen...!

Auf Ihren Besuch freuen sich die Künstler, u.a. vom Wintergarten- und Roncalli-Variete, aus Berlin, München, Göttingen, der Mongolei.

Frl. Knöpfle und ihre Herrenkapelle, Themawechsel

Freitag 15.4.2005, 20.00 Uhr
KUZ Eichberg
VK 9 Euro, AK 12 Euro

Musik und Kabarett, Klatsch und Tratsch... Gibt's was Schöneres? Wohl kaum. Jeder von uns ist doch ein kleines Lästermäul. So auch Frl. Knöpfle & ihre Herrenkapelle.

Die geben sich aber nicht mit profaner Spöttelei zufrieden! Nein, sie gehen noch einen Schritt weiter und erheben den Akt des Lästerns zur hohen Kunst. In „Themawechsel“ wird das Allzumenschliche mit tiefgründiger Leichtigkeit und gefühlvoller Ironie durchleuchtet.

Hans-Herrmann Thielke

Neues Programm
Freitag 22.4.2005, 20.00 Uhr
KUZ Eichberg
VK 13 Euro, AK 15 Euro
Jetzt rede ich...

Er ist die Attraktion der Deutschen Comedy Szene..... und wenn Herr Thielke über seine

Arbeit reden darf, geht bei ihm die Post ab! Ein Komiker, der TV-präsent aber nicht „verbraucht“ ist - zuletzt zu Gast bei „Wetten, daß...?“ ZDF, „Stars mit Mut“ ARD, „Verstehen Sie Spaß?“ ARD.

Seit über 25 Jahren im Dienst der gelben Truppe, immer in schonungslosem Einsatz und ständig bemüht, dem makellosen Image der Post gerecht zu werden. So versieht er seinen Dienst.

Nur, was geschieht, wenn dieses Leben plötzlich durch Rationalisierungspläne der Post in Gefahr gerät, wenn sein stets als sicher geglaubter Arbeitsplatz gar nicht mehr so sicher ist???

1. Mai Flohmarkt

Sonntag, 1. Mai 2005
Gärtnerei-Eichberg
10 bis 16 Uhr
Standplatz:
18 Euro (1 Tisch + 1 Auto)

200 Stände, Livemusik und mehr. Der romantische Flohmarkt im Rheingau

Standplatzkarten werden ab dem Samstag, 2. April nur im Cafe Curioso (Öffnungszeiten: tägl. Außer Dienstag von 12.00 Uhr bis 16.30 Uhr) im KUZ Eichberg verkauft!

Info: Das KUZ Eichberg hat bis Oktober Sommerpause!

Bei uns wird Mode zum Erlebnis und Service groß geschrieben








- + Riesenauswahl auf über 3400 neu umgebauten m²
- + Wir belohnen Ihre Treue mit unserem Kundenkartensystem
- + Hauseigenes Änderungsatelier
- + Kostenloser Änderungs-Lieferservice

- + Über 300 kostenlose Parkplätze
- + Beratung durch Fachpersonal
- + Stark in großen Größen
- + Kinderspiel- & Videoecke
- + Hauseigenes Bistro

Mode mit dem Plus an Service

Modehaus Arz - Kirchstr. 34 / Gewerbegebiet - 65391 Lorch / Rhg.
 Telefon 06726/2088 - Telefax 06726/1401 - www.modehaus-arz.de - info@modehaus-arz.de
 Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-12.30 / 14.00-18.30 Uhr - Do 9.00-12.30 / 14.00-19.30 Uhr - Sa 9.00-14.00 Uhr - 1. Sa im Monat 9.00-16.00 Uhr

Gahler: EU stärkt Fluggastrechte

Flugreisende in der Europäischen Union haben ab sofort mehr Rechte bei Überbuchungen, Annullierungen oder Verspätungen



Michael Gahler, Mitglied im Europäischen Parlament.

Am 17. Februar 2005 ist die Verordnung über Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste in Kraft getreten und sieht teilweise erhebliche Ausgleichszahlungen für geschädigte Fluggäste vor.

Sie gilt für alle Flüge, die von einem Flughafen der EU sowie der Schweiz und Norwegen starten und für solche, die von europäischen Fluggesellschaften aus einem Drittstaat in die EU erfolgen.

Bleibt ein Fluggast wegen Überbuchung oder Annullierung am Boden, hat dieser bei einer Entfernung unter 1500 Kilometern Anspruch auf 250 Euro Entschädigung.

Entschädigung und Ausgleichszahlungen

Bei Entfernungen bis 3500 Kilometern gibt es 400 Euro und bei Flügen über 3500 Kilometern 600 Euro. Das ist erheblich mehr als die bisher gültigen Entschädigungen. Zusätz-

lich zu dieser Ausgleichszahlung hat der Fluggast die Wahl zwischen der Erstattung des Flugpreises und einem alternativen Flug und es müssen Mahlzeiten, Getränke und falls notwendig eine Unterbringung unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Nationale Beschwerdestellen

Fällt ein Flug jedoch wegen Insolvenz der Fluggesellschaft aus, müssen sich Individual-Passagiere im Gegensatz zu Pauschalreisenden nach wie vor selbst um einen Ersatzflug kümmern und die Kosten tragen. Sollte die Fluggesellschaft ihren Pflichten nicht nachkommen, so kann sich der Betrof-

fene bei den zuständigen nationalen Stellen beschweren, für Deutschland ist das Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig die Anlaufstelle.

Es versucht dann eine außergerichtliche Streitbeilegung zu erzielen und wertet Beschwerden aus, um die Einhaltung der Verordnung durch die Fluggesellschaften zu kontrollieren. Für die Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen gegen die Luftfahrtunternehmen ist das LBA nicht zuständig, hierfür muß der Beschwerdeführer den normalen Rechtsweg beschreiten.

Auskünfte über Fluggastrechte finden Sie auch unter www.europa.eu.int/comm/transport/air/rights/info_en.htm

+++ In aller Kürze +++ In aller Kürze +++ In aller Kürze +++

Gemeinsame Homepage des Europäischen Verbraucherzentrums

Welche Verkehrsregeln gelten in Tschechien? Wie viele Zigaretten darf ich aus dem Urlaub in Dänemark mit nach Deutschland bringen?

Das Europäische Verbraucherzentrum (evz) weiß weiter, wenn Verbraucher im grenzenlosen Europa an Grenzen stoßen. Seit Anfang Januar hat es auch seine eigenen Grenzen überwunden und eine gemeinsame Homepage der Standorte Düsseldorf und Kiel ins Internet gestellt. Ob Einkauf oder Reisen, Gesundheit oder Finanzen - auf den neuen Seiten informiert das evz ausführlich über alle Fragen des Verbraucherschutzes in den EU-Mitgliedstaaten.

Neben vielen nützlichen Informationen, wie zum Beispiel Vor- und Nachteilen des "Zahnarzttourismus", finden sich auch interessante Tests, etwa ein IKEA-Preisvergleich zwischen 17 Ländern - für Deutsche sehr beruhigend; hier sind die Möbel meist billiger als in den Nachbarstaaten. Mehr Informationen gibt es im Internet unter www.evz.de

Kommission geht gegen überhöhte Roaminggebühren im Ausland vor

Die Europäische Kommission hat Mitteilungen an die deutschen Mobilfunkbetreiber T-Mobile und Vodafone versandt. Die Kommission beanstandet insbesondere die hohen Gebühren, die T-Mobile und Vodafone anderen Mobilfunkbetreibern für internationale Roamingdienste auf-

Großabnahmerebene berechnen.

Ausländische Mobilfunkbetreiber müssen Anbieter Tarife für die Nutzung der deutschen Netze von T-Mobile und Vodafone bezahlen, wenn ihre eigenen Abonnenten ihre Mobiltelefone in Deutschland gebrauchen (so genanntes Roaming). Hohe Anbieter Tarife schaden den Verbrauchern, da sie an die Abonnenten der Mobilfunkbetreiber voll weitergegeben werden. Die Praktiken der beiden Unternehmen könnten damit unter die Bestimmungen von Artikel 82 des EG-Vertrages über den Mißbrauch von Monopolmacht fallen.

Mit diesem Vorgehen will die Kommission gewährleisten, daß die europäischen Verbraucher keine übermäßigen Gebühren bezahlen müssen, wenn sie ihre Mobiltelefone auf Reisen in Europa verwenden. Die Kommission hat durch die Koordinierung der technischen Normen ermöglicht, daß ein Mobiltelefon auch in anderen EU-Ländern verwendet werden kann.

Sie will deshalb verhindern, daß diese Errungenschaft durch hohe Roaminggebühren, die erheblich oberhalb der Tarife liegen, die für Inlandgespräche auf Mobiltelefonen gelten, neutralisiert wird. Weiteres unter www.europa.eu.int/comm/competition/index_de.html

Erfolgreiches Erasmus-Jahr

Die Zahl der Studierenden im Rahmen des Erasmus-Programmes der EU ist im Studienjahr 2003/2004 um 9,4 Prozent auf gestiegen. Ein ähnlich starker Anstieg war bei den Erasmus-Lehrkräften zu verzeichnen. Die beliebtesten Zielländer waren wie zuvor für die

Studierenden Spanien und für die Lehrkräfte Deutschland. Spanien (22 000 Erasmus-Studierende wählten dieses Land), Frankreich (19 000) und Deutschland (16 000) waren unverändert die beliebtesten Zielländer.

Diese drei sind auch die Länder mit den meisten Studenten, die über Erasmus im Ausland studieren (jeweils rund 20 000 pro Jahr).

Besserer Zugang zu Umweltinformationen

Ab heute gelten in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union neue Bestimmungen zur Verbesserung des Zugangs der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen.

Die neue Richtlinie verstärkt die bestehenden EU-Bestimmungen auf diesem Gebiet und paßt sie an die Anforderungen des Aarhus-Übereinkommens von 1998 an. Die neue Richtlinie über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen ersetzt eine frühere Richtlinie aus dem Jahr 1990. Darin ist festgelegt, daß jede natürliche oder juristische Person ein Recht auf Zugang zu Umweltinformationen von Behörden hat. Beispiele für solche Informationen sind Daten über Emissionen in die Umwelt, ihre Auswirkungen auf die Gesundheit und die Ergebnisse von Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Ein zentrales Element der neuen Richtlinie ist die Ausweitung der Definition 'Umweltinformation', auf die denn jeder Bürger Recht hat. Für die Bereitstellung der Informationen gilt für die Behörden eine Frist von einem Monat.

Gahler für Verschiebung des Rumänien-Beitritts

CDU-Europa-Parlamentarier Gahler: Rumänien braucht mehr Zeit zur Mitgliedschaft

Im April sollen die Beitrittsverträge zwischen der EU einerseits und Bulgarien sowie Rumänien andererseits unterzeichnet werden, um den Weg für den Beitritt der EU-Mitglieder Nummer 26 und 27 freizumachen.

Die rumänische Regierung tut zu wenig gegen die allgegenwärtige Korruption, muß erhebliche Mängel an Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz abstellen. Das Land wird Ende 2006 noch nicht reif für die EU sein.

Das Land rangiert im Korruptions-Index von Transparency International für 2003 mit Abstand am Ende aller EU-Mitgliedsländer und -Kandidaten

und weltweit auf Platz 83 zusammen mit Ländern wie Malawi, Mali und Kolumbien. Ausländische Investoren halten sich deshalb erkennbar zurück, gehen in Nachbarländer.

Defizite bei Umsetzung der EU-Rechtsnormen

Die Justiz ist nicht vollständig unabhängig. Die EU-Kommission kennt Hinweise, wonach weiterhin auf Justizverfahren, also Ermittlungs- und Gerichtsverfahren, Einfluß genommen wird.

Qualifiziertes Personal fehlt. Auf Druck der EU hat sich Rumänien in letzter Minute vor Abschluß der Beitrittsverhandlung

im Dezember verpflichtet, 25.000 Dienstposten bei Polizei und Gendarmerie zu besetzen, zudem fast 4.500 Posten beim Grenzschutz.

Es gibt Berichte über 600 fehlende Richter. Hierbei geht es nicht nur um Personal für einfache Verwendungen. Die Ausbildung für höhere Anforderungen und Offizierspositionen braucht ihre Zeit. Dies ist in den verbleibenden 22 Monaten bis zum geplanten Beitritt zur EU Anfang 2007 kaum zu leisten.

Eine Organisation der ungarischen Minderheit wurde durch Errichtung administrativer Hürden wiederholt von der Teilnahme an Wahlen ausge-

schlossen. Selbst die Europäische Kommission meint, daß Gewalt und De-facto-Diskriminierung gegen die Roma-Minderheit in staatlichen Einrichtungen nach wie vor weit verbreitet sind.

Verschiebeklausel in Beitrittsvertrag

Der Beitrittsvertrag für Rumänien sieht ohnehin einen Schutzmechanismus mit Verschiebeklausel vor, falls das Land seine Verpflichtungen nicht rechtzeitig erfüllen kann. Es wäre ehrlicher, Rumänien bereits jetzt Zeit für den Beitritt bis zur nächsten Europawahl im Jahre 2009 zu geben.

Unsere Wahl: Bernd Röttger



Klaus-Peter Willsch



Peter Beuth



Franz Josef Jung



Birgit Kind



Frieder Rothenberger



Michael Hofnagel



Paul Weimann



Bernhard Hoffmann



Karl Ottes



Michael Kalhoff

Ja zur
CDU
6. März